
Wilhelm Heitmeyer

Autoritäre Versuchungen

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2717

Ein Gespenst geht um in der Welt – das Gespenst eines autoritären Nationalismus und Rechtspopulismus. Auch in Europa hat sich die Lage zugespitzt, mit Angriffen auf die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie. Wilhelm Heitmeyer hat diese Tendenzen frühzeitig thematisiert. 2001 warnte er, die Globalisierung gehe mit politischen und sozialen Kontrollverlusten einher, die zum Aufstieg des autoritären Kapitalismus, zu Demokratieentleerung und einem Erstarren des Rechtspopulismus führen könnten. In seinem neuen Buch knüpft er an diese Analyse an und macht sie für eine Diagnose der aktuellen Situation fruchtbar.

Wilhelm Heitmeyer, geboren 1945, war Gründer und von 1996 bis 2013 Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Er arbeitet dort jetzt als Forschungsprofessor. In der edition suhrkamp gab er unter anderem die zehnbändige Reihe *Deutsche Zustände* heraus.

Wilhelm Heitmeyer

Autoritäre Versuchungen

Signaturen der Bedrohung I

Suhrkamp

Erste Auflage 2018
edition suhrkamp 2717
Originalausgabe

© Suhrkamp Verlag Berlin 2018

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das
der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags sowie der
Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12717-9

Inhalt

Vorwort: Signaturen der Bedrohung	9
Neue deutsche Brüche	14
1. Ein Schritt zur Gesellschaftsanalyse: Der <i>autoritäre Nationalradikalismus</i> als Bedrohung der offenen Gesellschaft und der liberalen Demokratie	16
2. Ankertext von 2001: »Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen«	30
3. Weiterführungen: Verschärfte Ambivalenz der Moderne erzeugt verschiedene Formen des Autoritarismus	78
4. Entsicherte Jahrzehnte. Autoritäre Versuchungen haben die offene Gesellschaft erreicht	89
4.1 Krisen und Krisenverarbeitung. Verstörungen und Kontrollverluste	95
4.2 Verschiebung gesellschaftlicher Koordinaten .	109
4.3 Autoritäre Haltungen in entsicherten Zeiten .	112
5. Neuere Entwicklungen im autoritären Kapitalismus	118
5.1 Unaufhaltsame kapitalistische Landnahmen: Ausgreifend beschleunigte Prozesse und soziale Kontrollverluste	119

5.2	Übergriffig eindringende Prozesse: Ökonomische Dominanz als Quelle für Anomie und Kontrolllosigkeit	125
5.3	Ökonomisierung des Sozialen: Voraussetzungen für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und autoritäre Folgebereitschaft in der Bevölkerung	129
5.4	Orientierungslosigkeit: Suche nach Sicherheit und Kontrolle	138
6.	Gesellschaftliche Integrations- und Desintegrationsdynamik in entsicherten Zeiten . .	146
6.1	Die soziale Mitte: Soziale Stabilitätsrelevanz, riskante Statusgefährdung und Autoritarismen	159
6.2	Bedeutung von Desintegrationsängsten und Anerkennungsdefiziten für autoritäre Reaktionen	166
6.3	»Kulturelle Überfremdung«: Homogenitätssehnsucht als Einfallstor für autoritäre Kontrollversuche	169
7.	Demokratieentleerung und Ökonomisierung des Politischen	177
7.1	Demokratieentleerung als Magnet für autoritäre Versuchungen	182
7.2	Politische Entfremdung und wutgetränkte Apathie	186
8.	Empirische Zusammenführungen und Entwicklungsverläufe	197
8.1	Kontrollgewinne und Kontrollverluste: Zur Bedrohung der liberalen Demokratie	197

8.2	Rechtspopulistische Einstellungen 2002-2011: Radikalisierung ohne politische Angebote . . .	203
8.3	Rechtspopulistische Einstellungen 2014-2017: Sozioökonomischer Status und Milieuzugehörigkeit unter den AfD- Anhängern	218
9.	AfD: Autoritärer Nationalradikalismus	231
9.1	Autoritär-nationalradikales Milieu: Politische Varianten, zivilgesellschaftliche und mediale Netzwerke	237
9.2	Dichotomische Gesellschaftsbilder als ideologische Realitätsverzerrungen	246
9.3	Kontrollparadigma als Machtstrategie	249
9.4	Emotionalisierung gesellschaftlicher Probleme als Kontrollverluste	252
9.5	Eskalativer Mobilisierungsstil zur Wiederherstellung von Kontrolle	254
9.6	Mechanismen der Radikalisierung durch soziale Vergleichsprozesse	256
9.7	»Deutsch-Sein« als Schlüsselkategorie für autoritäre Umformungsprozesse	262
9.8	Signal-Positionen von führenden Parteifunktionären: »Wir holen uns unser Land zurück«	265
9.9	Die Gewalt-Membranen des autoritären Nationalradikalismus	270
10.	Mechanismen: Destruktion durch Normalitätsverschiebungen	277
10.1	Eliten als Transmissionsakteure für rohe Bürgerlichkeit	293

10.2 Kapitalgetriebene Ausbreitung der Hasskommunikation	314
10.3 Verbreitungsvehemenz von Verschwörungstheorien	318
11. Von der gesellschaftlichen zur parlamentarischen Einflussmacht des autoritären Nationalradikalismus	323
12. Kontrollversuche konservativer Politik: Riskante Anpassungen als weitere Normalitätsverschiebung	330
13. Die Flüchtlingsbewegung: Nicht Ursache, sondern Beschleunigungsfaktor für die Ausbreitung des autoritären Nationalradikalismus	344
14. Das Eskalationskontinuum und der Mythos vom Verschwinden des Autoritären	350
15. Autoritäre Eindunkelungen in Europa	359
16. Zukünfte. Der autoritäre Nationalradikalismus als politisches Wachstumsmodell?	368
Literaturverzeichnis	374

Vorwort: Signaturen der Bedrohung

Die Geschichte der Menschheit kennt eine Fülle von Bedrohungen. Zunächst war es die rohe, ungebändigte Natur, durch die die Menschen gefährdet wurden und vor der sie Angst hatten. Mit zunehmender Naturbeherrschung hat diese Bedrohung abgenommen, aber sie ist nie vollständig verschwunden. Parallel haben die Menschen im gesellschaftlichen Bereich zahlreiche neue Bedrohungen geschaffen: Letztere ergeben sich vor allem durch bestimmte Herrschaftssysteme sowie durch Macht, die bei Individuen oder bei sozial, ethnisch oder religiös definierten Gruppen konzentriert ist. Viele dieser Bedrohungen haben sich tatsächlich realisiert, am Ende standen Katastrophen bis hin zur Vernichtung ganzer Gesellschaften.

Manche Bedrohungen verflüchtigen sich sehr schnell, andere können durch politische oder institutionelle Interventionen aufgelöst oder zumindest eingehegt und dadurch dauerhaft in der Latenz gehalten werden. Doch es gibt auch Szenarien, die eskalieren und sich in massiver Gewalt entladen. Solche Eskalationen können Folge einer langsamen Zuspitzung sein, sie können sich aber auch aus punktuellen, geplanten Aktionen ergeben. Bevor Gewalt ausbricht, macht sich die Bedrohung oft schon anderweitig bemerkbar – objektiv anhand von aggressiven Machtdemonstrationen, subjektiv in Form von Angst aufseiten der prospektiven Opfer.

Hinzu kommt die Unsicherheit, wann, unter welchen zeitlichen und anlassbezogenen Umständen sich die Bedrohung in Gewalt umformt. Im Moment sind viele Fragen offen: Welche alten Bedrohungen nehmen ab? Welche neuen Bedrohun-

gen nehmen zu? Welche alten oder neuen Bedrohungen eskalieren?

Im vorliegenden Band soll es nicht allein um Bedrohungen gehen, sondern vor allem um deren Signaturen: *Signaturen der Bedrohung*, das heißt die Spuren, die Bedrohungen in Gesellschaften und bei Individuen hinterlassen. Der Begriff der *Signatur* wiederum (vom lateinischen *signare*, kennzeichnen) bezeichnet eine Markierung, die den Urheber bzw. die Urheberin eines Gegenstandes (z. B. eines Schriftstücks) ausweist oder aber, zum Beispiel in Katalogsystemen, die eindeutige Identifizierung eines Objektes erlaubt. In beiden Fällen handelt es sich bei der Signatur um ein einzigartiges und dauerhaftes Erkennungszeichen. Eine besondere Bedeutung haben Signaturen im Schriftsetzerei-Handwerk: Dort bezeichnet der Begriff die Kerben auf der Rückseite von Drucklettern, mit deren Hilfe die Schriftsetzer erkennen können, ob die Buchstaben leserichtig gesetzt sind.

Im Zusammenhang soziologischer Analysen kann man den Begriff fruchtbar machen, um damit untilgbare Einkerbungen in gesellschaftliche Realitäten zu benennen: Einkerbungen, die im Gedächtnis der Menschen und Gruppen bleiben und sich nicht verflüchtigen. Krisen und Situationen, in denen Gesellschaften bzw. ihre Institutionen oder Mitglieder die Kontrolle verlieren, hinterlassen häufig sehr prägende Signaturen. Ein solcher *Kontrollverlust* hat oft verheerende Konsequenzen, obwohl oder gerade weil niemand diese Folgen geplant hat. Teilweise ist dann eine Rückkehr in den Zustand vor der Krise nicht mehr möglich.

Die Sehnsucht nach Sicherheit, die angesichts all dieser Bedrohungen viele Menschen hegen, findet in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen oft einen regressiven, autoritären Ausdruck und macht die Menschen empfänglich für

die entsprechenden *autoritären Versuchungen*. Wenn die Verhältnisse schon nicht »zurückgedreht« werden können, dann muss – »Rette sich, wer kann!« – die Sicherheit durch autoritäre Maßnahmen hergestellt werden.

Die Situation wirkt paradox: Millionen Menschen fühlen sich bedroht. Da dieses Gefühl der Bedrohung und das ihm entsprechende Sicherheitsbedürfnis sie aber empfänglich macht für autoritäre Versuchungen, führt die erste Bedrohung letztlich zu einer zweiten: Besagte autoritäre Versuchungen können zu einer Gefahr für die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie werden.

In Krisenzeiten wie der heutigen ist die Sehnsucht nach autoritären Maßnahmen erfahrungsgemäß besonders groß – und deshalb bleibt die Losung, die unserer Reihe *Deutsche Zustände* (2002-2011) vorangestellt war, weiterhin aktuell. Diese Losung geht zurück auf Heinrich Heine. Im Jahr 1832 veröffentlichte Heine Berichte aus dem Pariser Exil, die er für die Augsburger *Allgemeine Zeitung* verfasst hatte, unter dem Titel *Französische Zustände* in einem Buch. Im Vorwort formuliert er sein politisch-schriftstellerisches Programm, in dem es unter anderem heißt, es gehe ihm in diesen Arbeiten um Berichterstattungen,

die nur das Verständnis der Gegenwart beabsichtigen. Wenn wir es dahin bringen, daß die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Haß und Krieg verhetzen (Heine 1893 [1832], S. 11).

Heines Worte sind geprägt von einer Hoffnung, zu der auch wir heute Anlass haben und die wir uns zu eigen machen können. Zugleich aber ist es deprimierend, dass seit dem Verfassen dieser Zeilen fast zweihundert Jahre ins Land gingen, ohne dass – so scheint es – die Menschheit der Verwirklichung dieser Hoffnung auch nur irgendwie näher gekommen wäre.

Dies gilt auch und ganz besonders für die ersten zwei Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts mit all ihren autoritären Versuchen, denen die Analysen im vorliegenden Band gewidmet sind.

Dieses Buch hat eine lange Vorgeschichte: Es wäre nicht denkbar ohne die Forschungsarbeiten, die in den letzten Jahrzehnten am Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung durchgeführt wurden. Zusammen mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen habe ich zu Integrations- und Desintegrationsprozessen sowie zu rechtsextremistischen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland geforscht. 2002 haben wir das empirische Langzeitprojekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* (GMF) gestartet, dessen Ergebnisse zum Teil in die zehnbändige Buchreihe *Deutsche Zustände* eingeflossen sind, die zwischen 2002 und 2011 im Suhrkamp Verlag erschienen ist. An dieser Stelle möchte ich noch einmal allen Beteiligten ausdrücklich danken.

Dank gilt auch Michel Wieviorka, dem Präsidenten der Fondation Maison des Sciences de l'Homme (FMSH), der mir einen Forschungsaufenthalt in Paris ermöglicht hat. In der dortigen Maison Suger fand ich jene Ruhe, ohne die es nicht möglich gewesen wäre, die Arbeit am vorliegenden Buch abzuschließen.

Ganz wichtige Unterstützung habe ich auch von meinem Kollegen Klaus Dörre von der Universität Jena erhalten. Dafür gilt ebenfalls Dank.

Außerdem ist Daniela Krause zu nennen, die als Mitarbeiterin im Langzeitprojekt wieder und wieder die notwendigen Daten aufbereitet hat und der ich deshalb Dank schulde.

Danken möchte ich auch Ulrike Rogat für die Schreibar-

beiten und Daniel Schumacher für die sorgfältige Bearbeitung der Quellenverweise sowie des Literaturverzeichnisses.

Schließlich ist in besonderer Weise die Arbeit von Frerk Blome zu würdigen, der die Dokumentenverwaltung und die Umsetzung von Daten aller Art in Grafiken souverän erledigt und darüber hinaus Textteile kritisch kommentiert hat.

Zwischen dem Abschluss des Manuskriptes im November 2017 und dem Erscheinungstermin 2018 haben sich weitere radikalisierende Entwicklungen vollzogen, die zwar prognostiziert wurden, aber nicht mehr im Detail dargestellt werden können.

Bielefeld/Paris, im November 2017

W.H.

Neue deutsche Brüche

In Gestalt der Alternative für Deutschland (AfD) betritt 2017 der *autoritäre Nationalradikalismus* die Bühne des Bundestages.

In der Nachkriegsgeschichte der alten Bundesrepublik gab es zu Beginn einige kleinere Rechtsaußen-Parteien im Parlament. Die Deutsche Partei (DP) etwa zog bei den Wahlen 1949 und 1957 mit je 17, bei der Wahl von 1953 mit 15 Sitzen ins Parlament ein.¹ Die rechtsextreme NPD scheiterte 1969 vergleichsweise knapp am Einzug in den Bundestag. Seit 2017 ist erstmals wieder eine weit rechts platzierte Partei im Bundesparlament vertreten: Die AfD stellt im 19. Deutschen Bundestag 92 Abgeordnete.

Damit zeichnen sich neue deutsche Brüche ab. Das betrifft die politische Unkultur, die sich schon seit einigen Jahren gezeigt hat, vor allem durch höchst aggressive Konfliktaustragungen auf Demonstrationen. Die Brüche haben sich zuletzt weiter vertieft und machen sich immer stärker bemerkbar. Dies gilt insbesondere für den Bundestagswahlkampf 2017 in Ostdeutschland, in dem auch Rechtsextreme an der Hassbeschallung maßgeblich beteiligt waren. Insofern bekommt das »Deutsch-Sein«, auf das zahlreiche Demonstranten mit

1 Obwohl auch in diesen Jahren jeweils weniger als vier Prozent der Zweitstimmen auf die DP entfielen, wurde sie bei der Vergabe der Sitze dennoch berücksichtigt, da sie die erforderliche Anzahl an Direktmandaten gewann (1949-1953: je 1, 1957: 3). Zur sog. Grundmandatsklausel vgl. »Informationen des Bundeswahlleiters«, online verfügbar unter: {<https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/g/grundmandatsklausel.html>} (Stand: August 2018).

ihren Parolen Bezug nahmen, in jüngsten Jahren wieder einen bedrohlichen Klang. Außerdem zeigt sich eine wahlpolitische Spaltung der Republik. Einzelnen kleinräumlichen Wahlerfolgen der AfD in Westdeutschland stehen flächendeckende Erfolge und sogar Wahlsiege über die »Volksparteien« CDU und SPD in Ostdeutschland gegenüber. Wechselseitige Vorwürfe bezüglich einer angeblichen »Deutschversessenheit« im Osten und einer »Deutschvergessenheit« im Westen spiegeln diese Brüche.

Letztere kommen allerdings nicht aus dem Nichts, sondern die Einstellungen und Mentalitäten, die da auseinanderdriften, sind bei den jeweiligen Teilen der Bevölkerung über Jahre oder gar Jahrzehnte herangereift.

1. Ein Schritt zur Gesellschaftsanalyse: Der *autoritäre Nationalradikalismus* als Bedrohung der offenen Gesellschaft und der liberalen Demokratie

Diverse politische Akteure streben autoritäre Veränderungen an, welche die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie in ihrem Kern berühren. Diese Akteure stellen das politische Angebot und locken mit autoritären Versuchungen, die eine große Anziehung auf Millionen von Bürgerinnen und Bürgern ausüben, da diese ihrerseits autoritäre Sehnsüchte an den Tag legen. Zur Realisierung des autoritären Projekts sind beide Seiten notwendig: einerseits autoritäre Akteure in politischen Parteien, sozialen Bewegungen und intellektuellen Milieus; andererseits autoritäre Einstellungen bei erheblichen Teilen der Bevölkerung. Während in anderen europäischen Ländern bereits (spätestens) ab den späten Neunzigerjahren ein Erstarken von Nationalismen festzustellen war – man denke nur an den Wahlerfolg der FPÖ, die 1999 bei den Wahlen zum österreichischen Nationalrat zweitstärkste Kraft wurde, oder an den französischen Front National –, bildete sich in der politischen Landschaft der Bundesrepublik erst in den letzten Jahren ein autoritärer Nationalradikalismus heraus (siehe Kapitel 9).

Dem vorliegenden Band liegt die Annahme zugrunde, dass die Erfolge rechter Bewegungen und Parteien nicht möglich gewesen wären ohne bestimmte Entwicklungen im ökonomischen System des globalisierten Kapitalismus, im politischen System der Demokratie und im sozialen System der Gesellschaft. Deshalb soll das Zusammenwirken von autori-

tärem Kapitalismus, sozialen Desintegrationsprozessen und politischer Demokratieentleerung als Ursachenmuster für die Realisierung autoritärer Sehnsüchte analysiert werden. Die Untersuchung zielt konzeptuell auf Verbindungen zwischen drei Momenten: 1) strukturelle Entwicklungen, 2) Mechanismen subjektiver Verarbeitung seitens der Bevölkerung und 3) deren Zusammenhang mit dem Aufkommen autoritärer politischer Angebote.

Die Untersuchung der »deutschen Zustände« und ihrer Entwicklung erfolgt im vorliegenden Band in zwei Schritten: Im *ersten* Schritt werden ältere Erkenntnisse zur Bedrohung offener Gesellschaften und liberaler Demokratien zusammengefasst. Diese Erkenntnisse stammen aus dem Jahr 2000 und wurden in einem bereits veröffentlichten Aufsatz dokumentiert, der seinerseits als Ankertext für den vorliegenden Band fungiert (siehe Kapitel 2). In einem *zweiten*, darauf aufbauenden Schritt analysiere ich die Verläufe, Verarbeitungen und Folgen der ökonomischen, sozialen und politischen Krisen der Jahre 2000-2017 anhand empirischer Daten und interpretiere sie mithilfe verschiedener sozialwissenschaftlicher Theorien.

Zur zeitlichen Einordnung ist zunächst ein Blick auf die Geschichte moderner Gesellschaften notwendig. Er zeigt, dass Letztere zumindest phasenweise von autoritären Ideologien und Organisationsangeboten mitsamt individueller autoritärer Folgebereitschaft geprägt sein können.

Nach 1945 haben soziale Bewegungen, bisweilen auf durchaus konflikthafte Weise, in westlichen Gesellschaften vielfältige Liberalisierungen und Reformen erkämpft. Diese waren so umfassend, dass rasch extrem optimistische Zukunftsprognosen aufkamen, zumal man davon ausging, dass Bedrohungen durch Gewalt und Kriege sowie Verletzungen der

Menschenwürde schon bald der Vergangenheit angehören würden. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftssystems wurde dann gar das »Ende der Geschichte« ausgerufen, das heißt der endgültige Sieg der liberalen Demokratie mit entsprechenden Verfassungen, Freiheitsrechten, Minderheitenschutz etc. (vgl. Fukuyama 1992). Solche überschwänglichen Gesten des Triumphs bedeuteten zwar nicht, dass sämtliche Versprechen der liberalen Demokratie nun tatsächlich eingelöst worden wären; aber eine erhebliche Liberalisierungstendenz war dennoch nicht von der Hand zu weisen. Andererseits hat der große Soziologe Ralf Dahrendorf bereits 1997 hellsichtig darauf hingewiesen, dass die Globalisierung und ihre sozialen Folgen zur nächsten Herausforderung einer Politik der Freiheit werden könnten. Dahrendorf zufolge befanden sich unsere Gesellschaften damals an der »Schwelle zum autoritären Jahrhundert« (Dahrendorf 1997a, S. 14f.).

Dahrendorfs Argumentation basierte vor allem auf dem Zusammenhang zwischen 1.) ökonomischer Globalisierung, 2.) sozialem Zusammenhalt und 3.) Demokratie. Gerade die Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts bereitete Dahrendorf Sorgen: »Globalisierung bedeutet, daß Konkurrenz groß- und Solidarität kleingeschrieben wird« (ebd.). Und ein paar Absätze weiter:

Es ist schwer zu sagen, an welchem Punkt Ungleichheiten, insbesondere des Einkommens, Solidarität in einer Gesellschaft zerstören. Sicher aber ist, daß keine Gesellschaft es sich ungestraft leisten kann, eine beträchtliche Zahl von Menschen auszuschließen. In modernen Staatsbürgergesellschaften bedeutet solcher Ausschluß die praktizierte Leugnung von sozialen Grundwerten. Das heißt aber, daß solche Gesellschaft nicht mehr überzeugend verlangen kann, daß ihre Mitglieder sich an die Regeln von Recht und Ordnung halten. Die Beeinträchtigung von Recht und Ordnung ist also eine Folge der

Tatsache, daß die Mehrheit eine Minderheit verdrängt und vergißt (ebd.).

Daraus zieht Dahrendorf den Schluss, dass die »Globalisierung und ihre sozialen Folgen eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten würden. [...] *Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert*« (ebd.; Hervorhebung W.H.).

Und tatsächlich: Schon wenig später, spätestens mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts und den Anschlägen von New York und Washington am 11. September 2001 als Signalereignis, standen Entwicklungen an, mit denen die Religion durchschlagend auf die Weltbühne zurückkehrte: »Die bittere Ironie besteht darin, dass die seinerzeit skizzierten Globalisierungsrisiken in den Folgejahren allesamt real wurden [...], man aber dennoch politisch nicht darauf vorbereitet war« (Geiselberger 2017, S. 11).

Die Entwicklung ist nicht abgeschlossen, ja: Es steht zu befürchten, dass der Autoritarismus sich weiter ausbreitet, zumindest wenn man die beschleunigte ökonomische Globalisierung betrachtet, die durch die Gesellschaften fegt – und dabei sowohl ökonomische Integration als auch soziale Desintegration erzeugt hat und diese auch weiterhin verstärkt: »soziale Desintegration als Preis der wirtschaftlichen Integration« (Rodrik 2000, S. 87).

Warum geht eine Deregulierung im ökonomischen System mit autoritären Entwicklungen von gesellschaftlichen und politischen Systemen einher? Ist etwa die Entwicklung eines autoritären globalisierten Kapitalismus mit seinen großen (oft verdeckten) Kontrollgewinnen über Produktionsstandorte, Lohnniveaus, Arbeitsbedingungen gegenüber national-